

Geschäftsführer Sebastian ChwalaBahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 28. Dezember 2020

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 11. Dezember 2020**Debatte zum Haushaltsentwurf 2021 – erneut diffamierende Vorwürfe gegenüber Marburger Linke von Seiten der CDU**

Mehr als drei Stunden debattierte das Stadtparlament in der letzten Sitzung des Jahres über den Haushaltsentwurf 2021. Aussprachen zu anderen Themen waren deshalb nicht möglich. Dabei ging es nicht nur um Zahlen und ihre Bilanzierung, sondern vorrangig um die kommunalpolitischen Vorstellungen, die dahinterstecken. Erwartungsgemäß stimmten die SPD und die CDU, die die Magistratspolitik wesentlich bestimmen, in hymnische Elogen über die eigene Politik ein. Die Oppositionsparteien sahen das naturgemäß anders.

Während seiner Rede bezichtigte allerdings der Fraktionsvorsitzende der CDU Jens Seipp die Fraktion Marburger Linke, politisch motivierte Gewalttätigkeiten zu unterstützen. Die Fraktionsvorsitzende Renate Bastian wies dies noch während dessen Rede durch einen Geschäftsordnungsantrag scharf zurück. Auch die beiden weiteren Rednerinnen der Marburger Linken Tanja Bauder-Wöhr und Stefanie Wittich taten dies in ihren Beiträgen. Ebenso die Rednerin der Fraktion die Grünen Elke Neuwohner. Mittlerweile nahm Jens Seipp diese Anschuldigungen in einem persönlichen Gespräch zurück. Der Ältestenrat wird sich aber in seiner nächsten Sitzung mit den Regeln der demokratischen Debattenkultur beschäftigen.

Positionen der Marburger Linken zum Haushalt 2021

Zum Haushalt sprachen Renate Bastian, Tanja Bauder-Wöhr und Stefanie Wittich

Renate Bastian:

Waren CDU und SPD anfangs noch mit einem düsteren Sparhaushalt zu Lasten der sozialen und kulturellen Initiativen in die Wahlperiode gestartet, so sind sie gegenwärtig bereit, mehr Geld auszugeben. Das allein reicht aber bei weitem nicht aus. Die Parteien der Stadtregierung haben kein stimmiges Konzept, wie Marburg zukunftsfähig gemacht werden kann. So werden die alten Zahlen des letzten Haushalts, hie und da aufgestockt, lediglich fortgeschrieben. Ansonsten verliert sich die SPD im Klein-Klein und will zum Beispiel dem großen Thema Schutz der Lebensressource Wasser durch Zuschüsse für Regentonnen beikommen. Die CDU gar konzentriert sich auf drei Postulate: Graffiti entfernen, Aufenthalt im Freien verbieten, schließlich bestrafen.

Um zu verhindern, dass die Corona-Krise die soziale Spaltung in der Stadt verschärft, ist ein umfassendes Sozialprogramm notwendig mit unmittelbaren Hilfen für diejenigen, die finanziell nicht auf der Sonnenseite stehen, ebenso Betreuungs-, Betätigungs- und Sportmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche oder unterstützende Bildungsangebote. Dazu gehört auch der kostenlose

ÖPNV für Stadtpassinhaber*innen. Beauftragte für finanziell schwache Familien und Streetworker sollen die Menschen mit ihren konkreten Problemen aufsuchen.

Auch für die Bereiche Klimaschutz soll sich die Stadt nachvollziehbare Ziele im Haushalt setzen wie Verringerung des motorisierten Individualverkehrs um 3,5 Prozent im nächsten Jahr, um den MIV-Anteils in 20 Jahren zu halbieren.

Um all dies verwirklichen zu können, gilt der Grundsatz, die finanzstarken Unternehmen in Marburg müssen mit einer maßvoll erhöhten Gewerbesteuer ihren Beitrag leisten.

Tanja Bauder-Wöhr:

Die Wohnung ist der zentrale Ort für Menschen: für die gesamte Bandbreite des Lebens, für Geborgenheit, für den Alltag, für die Gemeinschaft, für den Genuss. Die durchschnittliche Kaltmiete in Marburg liegt bei 10,74 € pro qm. Man zahlt also im Schnitt für eine 3 ½ Zimmerwohnung 620 € kalt, für eine 4 Zimmerwohnung darf man um die 1.000 € berappen. Dabei beträgt das Netto-Durchschnittseinkommen einer vierköpfigen Familie in Hessen etwa 3.700 €. Dazu kommen die Nebenkosten – die zweite Miete – und die Stromkosten, die immer teurer werden. Deshalb muss die energetische Sanierung zu warmmietenneutralen Preisen erfolgen. Hier sei an den erfolgreichen Kampf der Mieterinnen und Mieter am Richtsberg erinnert.

Die anhaltende Corona Pandemie verursacht zusätzliche finanzielle Belastungen: erhöhte Strom- und Nebenkosten durch Homeoffice und Homeschoolings, Einnahmehausfälle wegen Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit und Anstieg von Kosten für Lebensmittel.

Für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum muss die Stadt selber verstärkt Flächen kaufen und auf die Privatisierung eigener Grundstücke verzichten. Eine solche Bodenbevorratung gehört gemeinsam mit Vergabekonzepten und Erbpacht zu den kommunalen Steuerungsmöglichkeiten am Wohnungsmarkt. Endlich muss dafür gesorgt werden, dass bei Bauvorhaben der beschlossene Anteil an Sozialwohnungen nicht umgangen werden kann, auch wenn bereits ein Bebauungsplan existiert.

Stefanie Wittich:

Angesichts der Klimakrise braucht unsere Stadt schnelle, effiziente und mutige Maßnahmen für den Klimaschutz. Marburg wird nach wie vor vom Auto dominiert. Das verursacht nicht nur massive Umweltschäden, sondern zerstört die Atmosphäre in einer Stadt. Viele Menschen fahren unfreiwillig mit dem Auto, da ihnen keine andere Möglichkeit geboten wird. Der autozentrierten Verkehrspolitik der ZIMT-Regierung inklusive Luftverschmutzung, Flächenverbrauch und Lärm setzt die Marburger Linke ein Verkehrskonzept entgegen, dass ökologische, sichere und günstige Fortbewegung für alle Marburger*innen garantiert - ob in der Innenstadt oder in den Außenstadtteilen, ob in der morgendlichen Rush Hour, nachts oder an den Wochenenden.

Gerade für den Verkehr in die Außenstadtteile und in den Landkreis braucht es einen attraktiven Öffentlichen Personennahverkehr, mit dem alle Menschen angenehm und günstig fahren. Das heißt: die schnelle Einführung der im Verkehrsentwicklungsplan vorgesehenen Schnellbuslinien, verdichtete und ausgedehnte Taktzeiten auch in den Nachtstunden sowie die verlässliche Mitnahme von Rollstühlen Rollatoren und Kinderwagen.

Für die Marburger Linke ist dabei klar, dass ein Ticket für Kinder und Jugendliche kostenlos sein muss. Die Marburger Linke fordert daher kostenlose Schüler*innentickets bis das Land diese übernimmt. Und selbstverständlich fordern wir auch weiterhin den Nulltarif mit Stadtpass.

Ein derartig umfassendes Konzept zur Entwicklung von Marburg, aufgezeichnet in konkreten Schritten, vermisste die Marburger Linke im vorgelegten Haushalt und lehnte ihn ab. Mit der Mehrheit der Stimmen von SPD, CDU und BfM wurde der Haushalt 2021 jedoch angenommen, ebenso der Nachtragshaushalt, der im Wesentlichen die Corona-Sofortprogrammen des Magistrats zum Inhalt hatten.

Weitere Abstimmungen

Ohne weitere Aussprachen wurde ein Antrag des Piraten angenommen, die parlamentarischen Arbeit durch online-Verfahren zu vereinfachen.

Der Antrag von SPD, CDU, BfM, die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder zu verdoppeln, fand ebenfalls Zustimmung.

Bei einem Antrag von SPD, CDU und BfM, die Coronahilfen für ausländische Studierende bis Ende 2021 zu verlängern, enthielten sich Marburger Linke, Grüne und FDP, denn ähnlicher Antrag des Ausländerbeirats war zurückverwiesen worden.

Mit diesen Abstimmungen ging ein schwieriges Jahr für die Arbeit im Stadtparlament zu Ende. Die Einschränkungen durch die Corona-Krise veränderten die Arbeit der Stadtverordneten. Die Marburger Linke war stets bestrebt, auch angesichts der notwendigen Hygienemaßnahmen die Handlungsfähigkeit der städtischen Gremien zu gewährleisten. Im kommenden Jahr wird es darauf ankommen, dass durch weitreichende sozialpolitische Maßnahmen die Krisenlasten nicht auf die Bevölkerung abgewälzt werden und energische Schritte im Klimaschutz getan werden.

Die Marburger Linke wünscht Gesundheit, erholsame Feiertage und einen guten Start in ein friedliches 2021.

Freundliche Grüße von der **Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Miguel Sanchez, Jan Schalauske, Inge Sturm und Stefanie Wittich